

# Blickpunkt



# Landtag



## Informationen und Nachrichten

### aus dem Landtag für Sie und den Kreis Warendorf



Liebe Leserinnen und Leser,

Nordrhein-Westfalen muss 2020 mit weniger Geld auskommen und gleichzeitig auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet sein. Das Sanierungskonzept 2013-2020 der CDU-Landtagsfraktion schafft dafür die Grundlagen. Die rot-grüne Landesregierung hat kein Konzept, um den Landeshaushalt in Ordnung zu bringen. Die Neuverschuldung steigt und steigt: Und das trotz wachsender Steuereinnahmen.

Rot-Grün nimmt immer neue Schulden auf. Im Landeshaushalt 2013 ist sogar eine weitere Milliarde versteckt: Der Finanzminister rechnet hier global mit zusätzlichen Einnahmen und Ausgaben. Bis jetzt weiß keiner, wo diese Milliarde herkommen soll. Rot-Grün versteht nichts von vernünftiger Haushaltspolitik. 2020 ist ein wichtiges Datum für die Länder. Ab dann gilt die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse: keine neuen Schulden mehr.

Schon seit 2011 sollten dafür Vorbereitungen getroffen werden. Davon ist Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen aber noch meilenweit entfernt. Andere Länder nicht: Bereits 2012 haben sechs Bundesländer die schwarze Null geschrieben. Auch solche, in denen SPD oder Grüne in der Regierungsverantwortung sind, so wie Thüringen



Quelle: Quelle: Thomas Klauer / pixelio.de

oder Baden-Württemberg. Die Landesregierung hat keinen Plan, wie sie die Schuldenbremse erreichen will. Dieses Instrument ist kein Selbstzweck. Die hohe Staatsverschuldung und immer neue Schulden rauben den nachfolgenden Generationen Zukunftschancen. Wir müssen umkehren! Für die Zukunft unserer Kinder. Und im Interesse unserer Kommunen, deren Handlungsfähigkeit auf dem Spiel steht.

Aber: Rot-Grün stopft den Kindern den Rucksack mit Schulden voll. Und dann redet Frau Kraft noch über Prävention. Der Griff ins Portemonnaie unserer Kinder ist keine Prävention. Das ist Diebstahl. Mit dem Landeshaushalt 2013 macht die CDU-Fraktion konkrete Vorschläge, wie die Sanierung der Staatsfinanzen in NRW dauerhaft gelingen kann.

Das Sanierungskonzept 2013-2020 setzt sich ehrgeizige Ziele. Wir wollen, dass die fleißigen Menschen mit ihren Steuern Leistungen des Staates finanzieren, die ihnen selbst zugutekommen. Wir wollen nicht, dass immer mehr Steuer-Milliarden als Zinsen und Zinseszinsen in den weltweiten Finanzmarkt fließen. Und als Gewinne auf den Konten der Reichen und Superreichen auftauchen.

Unsere Gesellschaft ist in einem tiefgreifenden Wandel. Weniger, älter, bunter: Das sind die

Schlagworte der demografischen Entwicklung. Rot-Grüne Modellprojekte oder Spielwiesen sind von gestern. Es bedarf wirksamer Konzepte, die über den Tag hinaus angelegt sind. Politik für übermorgen. Politik muss den Mut haben, Schwerpunkte zu setzen. Zukunftsfähige Finanzpolitik gelingt durch Konzentration auf Ziele. Die Soziale Marktwirtschaft ist heute, morgen und übermorgen das richtige Konzept - auch, um mit der hohen Staatsverschuldung fertig zu werden. Gebt dem Bürger zurück, was des Bürgers ist! Das ist Subsidiarität. Und das hilft vor allem den Städten und Gemeinden, für die das Land wieder finanziellen Handlungsspielraum gewinnen muss. Weniger Staat, mehr Bürgergesellschaft. Dafür setzt sich die CDU-Fraktion ein.

Ihre

Astrid Birkhahn



---

## Rot-grüne Dichtheitsprüfung stoppen

Die beiden CDU-Landtagsabgeordneten für den Kreis Warendorf, Astrid Birkhahn und Henning Rehbaum, rufen dazu auf, die rot-grüne Dichtheitsprüfung zu stoppen. „Experten haben in der Anhörung im Landtag erhebliche Zweifel an dem Gesetzentwurf von SPD und Grünen geäußert. Zwar sieht er eine Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen nur in Wasserschutzgebieten vor. Dort jedoch werden die Eigenheimbesitzer gleich unter Generalverdacht gestellt, was sie ohne Not teuer zu stehen kommt. Die Stadt Essen hat zum Beispiel Ende vergangenen Jahres errechnet, dass Eigenheimbesitzer mit Kosten zwischen 2.000 und 5.000 Euro rechnen müssen. Im Einzelfall sogar mit bis zu 20.000 Euro. Dabei gibt es bislang keinen Nachweis zwischen Grundwasserverunreinigungen und häuslichen Abwässern. Dies zeigt einmal mehr: Der rot-grüne Gesetzentwurf ist fachlich ungenügend und unverhältnismäßig“, erklärt Astrid Birkhahn. Die CDU habe dagegen ein klares und bürgerfreundliches Konzept zur Dichtheitsprüfung vorgelegt. Henning Rehbaum: „Abwasserrohre müssen dicht sein. Zugleich setzen wir auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Daher machen wir uns dafür stark, dass eine Prüfung von privaten Abwasserkanälen nur dann durchgeführt werden muss, wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass sie undicht sind. Diese Regelung soll landesweit gelten.“ Damit stehe die CDU an der Seite der Eigenheimbesitzer, der Mieter und der Bürgerinitiativen im Kreis Warendorf, betonen die beiden Abgeordneten. „Wir fordern die Kollegen von SPD und Grünen auf, die Sorgen und Befürchtungen der Menschen in unserem Kreis endlich ernst zu nehmen und die rot-grüne Dichtheitsprüfung im Landtag zu stoppen“, so Birkhahn und Rehbaum.

## Wie kann sich eine Abgeordnete jeden Tag neu motivieren?

Schüler der Bischöflichen Realschule Warendorf haben viele Fragen an Astrid Birkhahn MdL 29 Schülerinnen und Schüler der Bischöflichen Realschule Warendorf konnte Astrid Birkhahn MdL in dieser Woche im Düsseldorfer Landtag begrüßen.



Nach dem Besuch der laufenden Plenarsitzung hatten die Jugendlichen Gelegenheit, ihre Abgeordnete persönlich kennenzulernen. Besonders spannend für die Schülerinnen und Schüler der Klasse 10a war die Frage, wie Abgeordnete mit ihrer Verantwortung umgehen und sich täglich neu motivieren können. Birkhahn berichtete von ihren Erfahrungen und diskutierte mit den Jugendlichen außerdem über die Themen Studien- und Ausbildungsplätze, Steuergerechtigkeit und die politischen Aufgaben der Zukunft. Im Anschluss ging es für die Gäste aus Warendorf weiter in die Düsseldorfer Innenstadt und weiteren Sehenswürdigkeiten der Stadt.

---

**Impressum** Blickpunkt Landtag  
für den Wahlkreis Warendorf I  
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

### Landtagsbüro

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Telefon: 0211 - 884 - 2744

Telefax: 0211 - 884 - 3346

E-Mail: [astrid.birkhahn@landtag.nrw.de](mailto:astrid.birkhahn@landtag.nrw.de)

[www.astrid-birkhahn.de](http://www.astrid-birkhahn.de)

---

---

## „Närrischer Landtag“ 2013 am Rhein

**Mit dabei: der Karnevalsclub Sassenberg KCK e.V.**

Beim traditionellen Einläuten der fünften Jahreszeit im Düsseldorfer Landtag mischte in diesem Jahr auch eine Delegation des Karnevalsclub Sassenberg KCK e.V. mit. Prinz Christian II. und Prinzessin Heike (Borgmann) waren auf Einladung der Landtagspräsidentin und der heimischen CDU-Abgeordneten Astrid Birkhahn in das Parlamentsgebäude gekommen. Der Karnevalsgipfel startete am Nachmittag mit einem offiziellen Empfang der zahlreichen Prinzenpaare, Dreigestirne und Tanzgarden aus ganz NRW. Astrid Birkhahn begrüßte ihre Gäste und freute sich, dass die Narren aus Sassenberg gekommen waren. "Es gibt wohl kaum ein anderes Bundesland, in dem die karnevalistischen Bräuche so ausgeprägt und so vielfältig sind wie in NRW", so Birkhahn. Auf den offiziellen Empfang folgte ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm. Die Karnevalisten präsentierten sich auf der Bühne in der Bürgerhalle des Landtags, wo Gesangsauftritte, Showtanz und vieles mehr von Akteuren aus allen Landesteilen geboten wurde.



## Inklusion - Die Inklusionspolitik der Landesregierung ist unsozial und ungerecht

Inklusion ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich die CDU-Fraktion in einem gemeinsamen Antrag mit SPD und Grünen bereits im Dezember 2010 verpflichtet hat. Dabei hat die CDU immer darauf hingewiesen, dass die Umsetzung sorgfältigster Planung und einer gesicherten Finanzierung bedarf. Wenig bis nichts ist seitens der Landesregierung bisher unternommen worden. Aus diesem Grund hat die CDU-Landtagsfraktion die rot-grüne Landesregierung mit einem Antrag aufgefordert, die Rechtsunsicherheit beim Thema Inklusion zu beenden und endlich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Nähere Informationen unter:

[http://www.cdu-nrw-fraktion.de/index.php?id=news-anzeige0&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=12001&cHash=4156bab1885514573331f732a2fddc9e](http://www.cdu-nrw-fraktion.de/index.php?id=news-anzeige0&tx_ttnews%5Btt_news%5D=12001&cHash=4156bab1885514573331f732a2fddc9e)

---

## Rot-Grün plant „Hochschulermündigungsgesetz“

Die Landesregierung plant einen massiven Angriff auf die Hochschulautonomie in NRW. Rot-Grün will das von der CDU-geführten Landesregierung verabschiedete und von den Hochschulen durchweg gelobte Hochschulfreiheitsgesetz wieder abschaffen. Das hat sich in dieser Woche in der Debatte zu einem Antrag von SPD und Grünen im Landtag erneut gezeigt. Den Hochschulen drohen damit massive Einschränkungen. Anstatt den Universitäten von oben herab vorschreiben zu wollen, was gelehrt werden soll und worüber in Zukunft zu forschen ist, sollte Frau Schulze lieber auf den fachlichen Rat der Landesrektorenkonferenz der Universitäten hören. Diese hat in einer Stellungnahme an den Landtag vom 14. Januar 2013 u. a. festgestellt: „Die Hochschulen des Landes haben sich unter dem bestehenden Hochschulgesetz belegbar positiv entwickelt und ihre Wettbewerbsfähigkeit nachweislich gesteigert.“ Es sei belegt, „dass die NRW-Hochschulen ihren gesellschaftlichen Auftrag erfüllen und eine substantielle Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen kontraproduktiv wäre.“